



Fachstelle
Extremismusbildung

Mathieu Coquelin (Hrsg.)

Radikal.Verstehen

Erkennen. Deuten. Handeln

Handout



Landesarbeitsgemeinschaft
Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e. V.

Inhalte

1	Einleitung	4
2	Begriffs- und Modellrahmen	4
2.1	Extremismus und freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO)	4
2.2	Radikalisierung als Prozess	5
2.3	Konsequenzen für politisches Handeln	7
3	Risiken und Wirkpfade rechtsextremer Akteure	8
3.1	Diskursdynamiken	8
3.2	Resonanzräume	8
3.3	Mobilisierungsmechanismen	8
3.4	Themenkooptation	9
4	Handlungsperspektiven und Empfehlungen	9
5	Literatur- und Leseempfehlungen	11
	Zitierte Quellen	11
	Eigene Publikationen	11
	Literaturempfehlungen	11

1 Einleitung

Dieser Text entstand im Nachklapp zum Vortrag „Radikal. Verstehen“ beim Kreisverband der CDU in Rottweil. Er hat das Ziel, zur Nacharbeit und Nachbesprechung die wesentlichen Inhalte noch einmal zu skizzieren und zugleich die im Vortrag zitierte Literatur gebündelt zugänglich zu machen.

Die Darstellung ist bewusst komprimiert und an einigen Stellen fachlicher gefasst als im mündlichen Vortrag. Sie soll einerseits den Überblick erleichtern, andererseits aber auch als Grundlage dienen, um einzelne Themen im weiteren Austausch vertiefen zu können.

2 Begriffs- und Modellrahmen

Einleitende Bemerkungen

Sprache prägt Wahrnehmung – und gerade in der Debatte über Extremismus und Radikalisierung zeigt sich, wie stark Begriffe selbst umkämpft sind. Was in wissenschaftlichen oder juristischen Kontexten präzise definiert ist, wird in Medien oder politischen Auseinandersetzungen oft als Kampfbegriff genutzt. Für die Präventionsarbeit ist das eine doppelte Herausforderung: Wir müssen einerseits auf Klarheit drängen und andererseits vermitteln, warum diese Klarheit praktisch relevant ist.

Im Vortrag „Radikal.Verstehen“ wurde deshalb ein Augenmerk auf die Grundlagen gelegt: Was meint Extremismus im rechtlichen und politischen Sinn? Wie grenzt er sich von Radikalisierung ab? Und warum ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) der entscheidende Referenzpunkt?

2.1 Extremismus und freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO)

Die wesentliche Schärfung des **FDGO-Begriffs** hat über die Jahrzehnte durch die Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht stattgefunden. Bereits im SRP-Urteil (1952) und im KPD-Urteil (1956) wurde festgelegt, dass die FDGO jene Prinzipien umfasst, ohne die Demokratie nicht denkbar ist.

Die letzte für die politische Debatte maßgebliche Konkretisierung erfolgte im NPD-Urteil von 2017 (Az. 2 BvB 1/13). Das Gericht fasst die freiheitlich-demokratische Grundordnung dort wie folgt:

„Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 GG umfasst nur jene zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind.

a) Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.

b) Ferner ist das Demokratieprinzip konstitutiver Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Unverzichtbar für ein demokratisches System sind die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).

c) Für den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind schließlich die im Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte bestimmend. Zugleich erfordert die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer Gewalt den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten ist.“

Damit werden drei Kernprinzipien benannt:

1. Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) – mit ihren Implikationen für Individualität, Identität, Integrität und elementare Rechtsgleichheit.
2. Demokratieprinzip (Art. 20 Abs. 1–2 GG) – gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger:innen, Rückbindung der Staatsgewalt an das Volk.
3. Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG) – Bindung aller öffentlichen Gewalt an Recht und Gesetz, Kontrolle durch unabhängige Gerichte, Gewaltmonopol des Staates.

Diese Schärfung macht zweierlei deutlich:

- ✓ Extremismus im verfassungsrechtlich relevanten Sinn richtet sich gegen diese Prinzipien.
- ✓ Ein Parteienverbot nach Art. 21 Abs. 2 GG setzt nicht nur ideologische Gegnerschaft voraus, sondern auch die Potentialität der Umsetzung.

Ergänzend gilt:

- ✓ Ein Verbot kann ausschließlich durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden (§ 43 BVerfGG).
- ✓ Die Parteienfreiheit nach Art. 21 Abs. 1 GG ist ein hohes Gut: Sie schützt Parteien in ihrer Rolle bei der politischen Willensbildung und verleiht ihnen demokratische Privilegien.
- ✓ Ein Verbot zielt nicht darauf, Meinungen zu unterdrücken, sondern entzieht einer Organisation, die die FDGO bekämpft, das Privileg, unter dem besonderen Schutz des Parteienstatus zu agieren.

Für politische Akteure heißt das: In der Sprache klar bleiben. Forderungen nach Parteiverboten sind politische Botschaften – die Entscheidung selbst liegt jedoch allein beim Bundesverfassungsgericht. Wer dies verwischt, eröffnet extremistischen Akteuren Möglichkeiten zur Opferinszenierung.

2.2 Radikalisierung als Prozess

Radikalisierung ist kein plötzlicher Sprung, sondern ein dynamischer Prozess, der sich über längere Zeit entwickelt. Oft bleibt er zunächst unsichtbar, verläuft unterschwellig, verdichtet sich dann aber in Sprache, Verhalten und Zugehörigkeit. Radikalisierung bedeutet nicht automatisch Gewalt – aber sie legt die Grundlage, dass Gewalt denkbar, legitimierbar und schließlich praktikierbar wird.

Drei Ebenen der Radikalisierung

Um Radikalisierung zu verstehen, ist es hilfreich, zwischen drei Ebenen zu unterscheiden:

- ✓ **Mikroebene:** individuelle Erfahrungen (Ungerechtigkeit, Identitätskrisen, Sinnsuche).
- ✓ **Mesoebene:** Gruppenbindung (Zugehörigkeit, Anerkennung, gemeinsame Codes).
- ✓ **Makroebene:** gesellschaftliche Dynamiken (Polarisierung, Hassnormalisierung, digitale Verstärkung).

Diese Ebenen wirken ineinander. Erst ihr Zusammenspiel erklärt, warum diffuse Gefühle zu ideologischen Haltungen und schließlich zu Handlungsimpulsen werden.

Modell 1: Radikalisierung als Prozess (Borum I)

Randy Borum beschreibt Radikalisierung als schrittweisen Prozess mit vier Phasen:

1. **Grievance** (Missstand): Wahrnehmung, dass „etwas nicht stimmt“.
2. **Ideology**: Eine Ideologie deutet den Missstand, gibt Sprache und Schuldzuweisungen.
3. **Mobilization**: Aus Überzeugung wird Handlungsbereitschaft – von Posts bis zur Gruppenbindung.
4. **Engagement**: Aktive Beteiligung im Sinne der Szene – Propaganda, Organisation, im Extremfall Gewalt.

Dieses Modell verdeutlicht die äußeren Schritte, die Radikalisierung sichtbar machen.

Modell 2: Das Terrorist Mindset (Borum II)

Das zweite Modell von Borum beschreibt den inneren Denkweg hin zur Legitimation von Gewalt:

1. **Grievance** (Missstand): Ein Gefühl von Kränkung oder Verlust.
2. **Injustice** (Ungerechtigkeit): Aus dem Gefühl wird eine Überzeugung gezielter Benachteiligung.
3. **Target Attribution** (Zuschreibung): Schuldige werden identifiziert, oft im Einklang mit gesellschaftlichen Vorurteilen.
4. **Devaluation** (Entwertung): Empathie geht verloren, Sprache wird abwertend, Gewalt erscheint denkbar oder gerechtfertigt.

Damit zeigt Borum II, wie Gewalt sprachlich, emotional und kognitiv vorbereitet wird.

Einordnung der Modelle

Radikalisierungsforschung arbeitet überwiegend mit Prozessmodellen, die in Stufen oder Phasen denken. Diese Modelle beschreiben einen modellhaften Weg, der typischerweise beschritten wird – nicht aber zwingend in jedem Einzelfall. Sowohl in der Theorie als auch in der

Praxis zeigt sich immer wieder: Einzelne Schritte können übersprungen werden, Prozesse sind umkehrbar, und Entwicklungen verlaufen in beide Richtungen. Radikalisierung ist daher selten ein linearer Pfad, sondern vielmehr ein Geflecht von Wechselwirkungen.

Die beiden Borum-Modelle ergänzen sich, weil sie äußere Abläufe (Borum I) und innere Denklagen (Borum II) miteinander verschränken. Für die Analyse bedeutet das: Radikalisierung ist kein einheitlicher Mechanismus, sondern ein Zusammenspiel aus Handlungsweisen und Deutungen, die sich gegenseitig verstärken.

Dabei lohnt es sich zu unterscheiden:

- ✓ Manche Personen haben Gewalt biografisch eingeübt – sei es durch Erziehung, Milieu oder persönliche Krisenerfahrungen. Für sie ist Gewalt bereits vor einer ideologischen Radikalisierung ein legitimes Mittel der Problemlösung.
- ✓ Andere gelangen erst über Ideologie und Feindbildaufbau zur Gewaltlegitimation. Vorurteile verdichten sich zu Feindbildern, Ungleichwertigkeitsvorstellungen wachsen, bis schließlich Gewalt als gerechtfertigt erscheint.

Gerade diese Differenz macht deutlich, dass die Ausgangspunkte für Gewalt sehr unterschiedlich sein können. Wer die eine Dimension überbetont und die andere vernachlässigt, verfehlt den Kern. Das gilt besonders in politischen Debatten nach Anschlägen: Allzu schnell werden Ursachen vorschnell auf „psychische Probleme“ oder „ideologische Motive“ reduziert. Tatsächlich aber überlagern sich biografische Dispositionen und ideologische Radikalisierung häufig. Um zukünftige Gewalt zu verhindern, müssen beide Ebenen zusammengedacht werden.

2.3 Konsequenzen für politisches Handeln

Die Modelle von Borum machen deutlich: Radikalisierung beginnt nicht erst mit Gewalt, sondern bereits bei Missständen, die als ungerecht empfunden werden, und bei Deutungen, die Schuldige benennen und andere entwerfen. Für politisches Handeln – und nicht nur für politische Kommunikation – lassen sich daraus folgende Konsequenzen ziehen:

1. Funktionierende Politik ist Prävention.

Misstände sind fast immer Ausgangspunkte von Radikalisierung – sie sind aber ebenso Ausgangspunkte für Veränderung. Entscheidend ist die Reaktion: Werden Misstände ignoriert, entsteht Resonanzboden für Radikalisierung. Werden sie bearbeitet, können sie zu Motoren gesellschaftlicher Weiterentwicklung werden. Funktionierende Politik, die Misstände sichtbar beseitigt, ist damit selbst ein Element der Prävention.

Empirisch belegt dies u. a. eine Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft: Dort, wo EU-Fördermittel in Infrastruktur und Entwicklung investiert wurden, sank die Zustimmung zu populistischen Parteien spürbar.

2. Ungerechtigkeit ist subjektiv – und Perspektivwechsel unverzichtbar.

Was Borum als „Injustice“ beschreibt, ist in der Realität ein Gefühlszustand: etwas wird als unfair erlebt. Juristisch lässt sich das oftmals gar nicht so präzise objektivieren. Deshalb ist es entscheidend, unterschiedliche Perspektiven ernst zu nehmen. Politisches Handeln muss prüfen: Wo steckt eine berechtigte Sichtweise, die ich bislang nicht verstanden habe? Und wo wird Ungerechtigkeit konstruiert, um Feindbilder zu stabilisieren?

3. Desinformation kann gelingende Politik unsichtbar machen.

Selbst funktionierende Politik verliert ihre Wirkung, wenn sie nicht mehr wahrgenommen wird. Durch gezielte Desinformation, fehlende Medienkompetenz oder auch Schwächen in der objektiven Berichterstattung – etwa bei öffentlich-rechtlichen Medien – kann Politik delegitimiert

werden. Hinzu kommt, dass wir heute wissen: Desinformation stammt nicht nur von extremistischen Kräften im Inland, sondern wird auch von ausländischen Akteuren gezielt lanciert, um Gesellschaften zu destabilisieren. Politische Kommunikation muss daher doppelt ansetzen: sachlich kontextualisieren und zugleich emotional entkräften.

4. Sprache kann Gewalt vorbereiten.

Sprache ist nicht neutral: Schuldzuschreibungen und Entwertungen legen die Grundlage für Gewalt. Wenn die Grenze zwischen harter inhaltlicher Auseinandersetzung und pauschaler Diffamierung verschwimmt, bereitet das sprachlich Gewalt vor. Abwertungen wie „ungebildet“ oder „nie gearbeitet“ entmenslichen Gegner:innen und verschieben das Sagbare. Deshalb braucht es eine klare Wertefundierung und Sprachleitplanken, die demokratische Standards schützen.

5. Opferinszenierungen erkennen und vermeiden.

Radikalisierung verstärkt sich, wenn Ungerechtigkeit vom Einzelfall zur Welterfahrung stilisiert wird: vom Gefühl, einmal unfair behandelt zu sein, hin zur Erzählung, „alles ist gegen uns“. Politische Kommunikation darf dies nicht durch eigene Ungenauigkeiten befeuern. Beispiele sind unsaubere Rhetorik bei Verbotsforderungen („Partei X muss verboten werden“) oder überzogene Klagen über angeblich fehlende Meinungsfreiheit – obwohl wir eine vielfältige Medienlandschaft haben. Hier gilt es, sensibel zu unterscheiden:

- ✓ Gefühl des Nichtverstandenwerdens -> Dialog aufnehmen, Diskurse verständlich machen.
- ✓ Reale Bedrohungen der Meinungsfreiheit -> klar benennen, wie sie in der Aushöhlung demokratischer Strukturen etwa in Ungarn oder der Türkei sichtbar werden.

Fazit: Politisches Handeln ist selbst ein Teil der Prävention. Es wirkt entweder stabilisierend oder radikalisierungsfördernd – je nachdem, wie mit Misständen, Ungerechtigkeitsempfindungen, Desinformation und Sprache umgegangen wird. Wer hier klar, fundiert und werteorientiert agiert, entzieht extremistischen Erzählungen Resonanzräume.

3 Risiken und Wirkpfade rechtsextremer Akteure

Die folgenden Ausführungen beziehen sich vor allem auf Dynamiken von rechtsextremen Akteuren und rechtspopulistischen Strömungen, die derzeit den politischen Diskurs in Deutschland maßgeblich prägen. Auch wenn Radikalisierung viele Erscheinungsformen kennt, sind es diese Kräfte, die öffentliche Debatten verschieben, Resonanzräume besetzen und politische Themen aufladen – und damit für demokratische Parteien die Frage aufwerfen: Wie gelingt Abgrenzung, ohne Themen preiszugeben?

3.1 Diskursdynamiken

Ein zentrales Element rechtsextremer und rechtspopulistischer Kommunikation ist das antielitäre Narrativ. „Die da oben“, „die Medien“, „die Fremden“ – einfache Feindbilder schaffen Orientierung, indem sie Komplexität reduzieren.

- ✓ **Feindbilder:** Migrant:innen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, „linksgrün versiffte Eliten“.
- ✓ **Strategie:** Pauschalisierungen gewinnen an Plausibilität, wenn legitime Kritik an Institutionen nicht klar und differenziert artikuliert wird.
- ✓ **Risiko:** Wird diese Sprache in demokratischen Parteien übernommen, verschwimmt die Grenze zwischen notwendiger Kritik und rechtsextremer Diskursverschiebung.

Ein besonders sensibles Feld ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk: Rechtsextreme Akteure attackieren ihn systematisch, weil er für sie eine Hürde zur Erlangung von Deutungshoheit darstellt. Demokratische Kritik an Schwächen des Systems muss daher immer mit einem klaren Bekenntnis zur Institution verbunden sein.

3.2 Resonanzräume

Rechtsextreme Akteure setzen gezielt auf permanente Präsenz – digital wie analog.

- ✓ **Digitale Präsenz:** Plattformen wie Facebook, TikTok oder Telegram werden strategisch bespielt, mit klarer Ansprache und Wiederholung.
- ✓ **Analoge Präsenz:** Stände, Stammtische, lokale Veranstaltungen – vor allem in Räumen, in denen andere Parteien kaum noch sichtbar sind.
- ✓ **Psychologischer Effekt:** Je vertrauter ein Akteur wirkt, desto eher wird ihm Kompetenz zugeschrieben (Mere-Exposure-Effekt). Dies erklärt, warum selbst bei geringen inhaltlichen Leistungen politische Kompetenz zugeschrieben werden kann – allein durch Omnipräsenz.

3.3 Mobilisierungsmechanismen

Rechtsextreme Akteure nutzen Symbole, Emotionen und Gruppenbindungen, um Mobilisierung zu erzeugen:

- ✓ **Symbolik:** Flaggen, Farbcodes, Schlagworte wie „Heimat“ oder „Volk“.
- ✓ **Emotionen:** Angst vor Kontrollverlust, Wut auf Eliten, Stolz auf nationale Zugehörigkeit.
- ✓ **Medienlogik:** Nutzer:innen werden in ihren Aufmerksamkeitsmustern ernst genommen – kurze Clips, klare Hooks, Wiederholung.

Dabei gilt: Begriffe wie „Heimat“ oder die nationale Flagge sind nicht per se problematisch. Sie gewinnen aber unterschiedliche Bedeutung je nach Wertefundament. Demokratische Parteien verbinden damit Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und europäische Verantwortung; rechtsextreme Akteure instrumentalisieren sie hingegen als Abgrenzungssymbole („wir gegen die Fremden“).

Beispiel: Debatten um das Hissen der deutschen Flagge im Bundestag zeigen, dass Symbole positiv belegbar sind – aber niemals gemeinsam mit rechtsextremen Kräften besetzt

werden können, weil dort die Bedeutungsaufladung eine andere ist.

Anknüpfend daran greifen praxisnahe Empfehlungen wie im Bertelsmann-Ansatz „How to Sell Democracy in a Nutshell“:

- ✓ **Do's:** Nahbarkeit zeigen, positive Emotionen wecken, klare Sprache nutzen, Bilder und Geschichten einsetzen, Botschaften wiederholen.
- ✓ **Don'ts:** Abwertungen, belehrender Ton, Ironie gegenüber Skeptiker:innen, Abstraktheit ohne Alltagsbezug.

3.4 Themenkooptation

Rechtsextreme Akteure besetzen Themen, die auch demokratische Parteien bearbeiten müssen – Migration, Sicherheit, Energiepreise. Der Unterschied liegt im Wertefundament:

- ✓ Rechtsextreme Akteure: bedienen Themen ohne die Anerkennung der Menschenwürde als Leitprinzip.
- ✓ Demokratische Parteien: können dieselben Themen besetzen – aber nur glaubwürdig, wenn sie klar machen, dass Anstand die Grenze ist: keine rassistische, keine stigmatisierende Sprache, keine Pauschalisierungen.

Ein möglicher Leitgedanke, der diesen Unterschied verdeutlicht: „**Alles mit Anstand.**“

Das signalisiert: Probleme werden ernst genommen und handwerklich sauber bearbeitet – aber stets auf der Grundlage demokratischer Werte.

Zwischenfazit: Rechtsextreme und rechtspopulistische Logiken entfalten ihre Wirkung nicht allein durch Gewalt, sondern vor allem durch Sprache, Symbole und Diskurse. Sie verschieben, was öffentlich sagbar ist, und nutzen Missstände, um Resonanzräume aufzubauen. Für demokratische Parteien gilt daher: Themen dürfen nicht

aufgegeben werden – aber sie müssen anders bearbeitet werden, nämlich lösungsorientiert, wertefundiert und mit Anstand.

4 Handlungsperspektiven und Empfehlungen

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Akteurslogiken zeigt zweierlei: Erstens, dass Radikalisierung nicht nur in abgeschlossenen Szenen stattfindet, sondern in Diskursen, Resonanzräumen, Symbolen und Themenbesetzungen. Zweitens, dass demokratische Akteure handlungsfähig bleiben, wenn sie diese Muster kennen und ihnen mit Klarheit, Anstand und strategischer Kommunikation begegnen.

Aus dieser Analyse lassen sich folgende Handlungslinien ableiten:

1. Missstände konsequent bearbeiten – und Erfolge sichtbar machen.

Politik ist Prävention, wenn sie Missstände bearbeitet und Lösungen liefert. Entscheidend ist, dass diese Erfolge auch wahrgenommen werden. Dafür braucht es ein Gespür, wo man auch Erfolge anderer demokratischer Kräfte anerkennen kann. Wenn Ergebnisse im parteipolitischen Wettbewerb permanent zerrieben werden, entsteht der Eindruck: „Es passiert nichts – Politik funktioniert nicht.“

Beispiel: Bei kommunalen Infrastrukturprojekten oder erfolgreichen Sozialprogrammen kann es sinnvoll sein, parteiübergreifend Anerkennung zu zeigen. Das stärkt das Vertrauen ins System – ohne die eigene Unterscheidbarkeit aufzugeben.

2. Langfristige Strategien für Medienvielfalt.

Demokratie funktioniert nur, wenn Bürger:innen informiert sind, was „vor Ort“ geschieht. Der Rückgang lokaler Zeitungen gefährdet dieses Fundament. Reformideen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollten deshalb immer auch den Erhalt von Lokaljournalismus und unabhängiger Berichterstattung mitdenken.

Beispiel: Förderprogramme für Lokalredaktionen, Unterstützung von Bürgermedien oder neue Finanzierungsmodelle können langfristig sicherstellen, dass lokale Erfolge sichtbar bleiben und nicht von Desinformation verdrängt werden.

3. Regulierung Digitaler Räume

Selbst wenn Lokaljournalismus gestärkt und parteiübergreifend positive Erfolge kommuniziert werden, bleibt ein Machtungleichgewicht: unregulierte soziale Plattformen bestimmen Reichweite nach ihren eigenen Logiken – oft unabhängig von Relevanz oder demokratischem Mehrwert. Ohne Standards wie im Journalismus (z. B. Pressekodex) besteht die Gefahr, dass Aufmerksamkeit primär den Interessen der Plattformbetreiber folgt.

Praktisch bedeutet das: Parteien brauchen Sensibilität für digitale Resonanzräume, gerade auf lokaler Ebene.

- ✓ Wer hat die Deutungshoheit in ortsbezogenen Facebook-Gruppen?
- ✓ Was passiert in Kommentarspalten der Lokalzeitungen?
- ✓ Wie wirken scheinbar „neutrale“ digitale Räume wie Ebay-Kleinanzeigen oder Nachbarschaftsforen (z. B. nebenan.de), in denen politische Themen subtil mitschwingen?

Beispiel: In vielen Kommunen prägen einzelne Facebook-Gruppen („Du bist aus XY, wenn ...“) oder Kommentarspalten das Stimmungsbild stärker als die Lokalzeitung. Hier braucht es Strukturen in den Parteien, die solche Räume beobachten, über kursierende Desinformation sensibilisieren und Strategien entwickeln, wie darauf zu reagieren ist – oder wann bewusst nicht reagiert werden sollte.

4. Compliance und Sprachregelungen aktiv entwickeln.

Parteien brauchen klare Sprachstandards – nicht nur, um nicht in Narrative rechtsextremer Akteure hineinzurutschen, sondern auch, um eigene Frames zu setzen. Dazu gehört, bewusst neue Begriffe in den Diskurs einzuführen.

Beispiel: Im Klima- und Energiebereich hat die Union den Begriff „Technologieoffenheit“ stark gemacht und verfolgt das Ziel diesen im Diskurs zu etablieren. Vergleichbar könnten im Bereich Migration und Integration eigene, positiv aufgeladene Begriffe etabliert werden, die Orientierung bieten und Anschlussfähigkeit sichern – ohne rechtsextreme Sprachlogiken zu reproduzieren.

5. Präsenz auch außerhalb von Wahlzeiten sichern.

Rechtsextreme Akteure punkten durch Dauerpräsenz. Demokratische Parteien müssen ebenfalls sichtbar sein – aber nicht nur über klassische Parteiformate. Oft wirkt der persönliche Kontakt stärker als das Parteisymbol.

Beispiel: Gespräche im Stadtteil beginnen mit konkreten Alltagsproblemen („Was fehlt hier? Wo drückt der Schuh?“), nicht mit Parteiprogrammen. Erst in einem zweiten oder dritten Schritt tritt die Parteizugehörigkeit in den Vordergrund. So wird vermieden, dass Präsenz als bloßes „Stimmenfangen“ wahrgenommen wird.

6. Narrative verstehen – kontinuierlich lernen.

Um Fehler zu vermeiden, braucht es regelmäßige Schulungen zu Narrativen, Dynamiken und Kommunikationsmustern. Nur wer weiß, welche Themen gerade besetzt werden und wie sie wirken, kann im Alltag sprachlich und strategisch präzise reagieren.

Beispiel: Interne Updates zu aktuellen Desinformationskampagnen oder neuen Frame-Verschiebungen helfen, dass niemand unbewusst in extremistische Narrative hineinspricht.

Fazit

Missstände bearbeiten, Medienvielfalt sichern, Sprache reflektiert nutzen, Präsenz zeigen und kontinuierlich lernen – das sind die Bausteine, die demokratische Akteure stärken. Entscheidend ist dabei die Haltung: nicht nur reagieren, sondern selbst Diskurse gestalten. Jede Stimme, die rechtsextremen Kräften entzogen wird – sei es durch Anerkennung, durch präzise Sprache oder durch persönliche Präsenz – ist ein Gewinn für die demokratische Kultur insgesamt.

5 Literatur- und Leseempfehlungen

Zitierte Quellen

- ✓ Bundesverfassungsgericht (2017): Urteil v. 17.01.2017 – 2 BvB 1/13 (NPD-Verbot). https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html
- ✓ Institut für Weltwirtschaft Kiel (2022): Studie zu EU-Förderung und populistischen Parteien. <https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/aktuelles/regionalpolitik-wirkt-gegen-populismus/>
- ✓ Konrad-Adenauer-Stiftung (2023): Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtspopulismus. <https://www.kas.de/documents/252038/33607021/Abgrenzung%2C+Einbindung+und+Tolerierung.pdf/148bd829-d44b-d7eb-ab16-a5ec3b9ad65a?version=2.0&t=1758183168549>
- ✓ Bertelsmann Stiftung (2021): How to Sell Democracy in a Nutshell. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/junge-menschen-und-gesellschaft/projektnachrichten/how-to-sell-democracy-online-fast-1>

Eigene Publikationen

- ✓ Coquelin, Mathieu (2024): #TeamDemokratie als Herausforderung, Ansatz und Perspektive. In: Sozialmagazin 3–4/2024. DOI: 10.3262/SM2404078.
- ✓ Coquelin, Mathieu; Salzmann, Julian (2023): Radikalisierungsprävention. Ein kritischer Blick aus der Praxis. In: Bozay, K. et al. (Hg.): Radikalisierung und Prävention im Fokus der Sozialen Arbeit. Weinheim: Juventa, S. 150–160.

Literaturempfehlungen

- ✓ Huub Buijsens (2023): Psychologie des Rechtspopulismus.
- ✓ Neumann, Peter (2024): Wie Demokratien sterben (mit Richard C. Schneider).
- ✓ Neumann, Peter (2022): Logik der Angst. Das Dschihadismus-Debakel und was wir daraus lernen müssen.

Hinweis zum Autor

Mathieu Coquelin ist Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. (LAGMJA) und leitet die Fachstelle ExtremismUSDistanzierung Baden-Württemberg (FEXBW). Er ist Mitglied im Expertenkreis gegen Antisemitismus, der den Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben, Dr. Michael Blume, berät. Zudem ist Mitglied des Lenkungsausschusses des Kompetenzzentrum gegen Extremismus Baden-Württemberg (konex). Als Sachverständiger war er im Rahmen der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags Baden-Württemberg tätig. Darüber hinaus übernimmt er Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen zu den Themen Extremismus, politische Bildung und Prävention.